

## **Redebeitrag des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU Thüringen Dieter Althaus MdL auf der Regionalkonferenz am 26. März 2007, in Eisenberg**

Lieber Mike Mohring, herzlichen Dank für die Einführung und für die Begrüßung.

Lieber Philipp Mißfelder,

liebe Birgit Diezel,

lieber Andreas Trautvetter,

lieber Andreas Heller,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,

liebe Christine Lieberknecht,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Thüringer Landtag,

es sind sehr, sehr viele hier. Ich will auch einen nennen, der nicht mehr im Thüringer Landtag ist, der die Weichen aber von der ersten Stunde an mit gestellt hat. Lieber Konrad Illing, ich freue mich, dass wir uns heute Abend wieder sehen.

(Beifall)

Ich freue mich auch, dass die Kreisvorsitzenden alle vertreten sind und dass wir heute zu unserer dritten Regionalkonferenz hier in Eisenberg sind, mit einem Thema, das die gesamte Komplexität der Zukunftsfragen eigentlich besonders konzentriert anspricht.

- Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit –

Ich habe vor etwa 3 Stunden in Berlin auf einem Fachsymposium zum Solidarischen noch einmal kurz auf die Herausforderung hingewiesen, die uns in den nächsten Jahren als Politik und als Gesellschaft fordert. Philipp Mißfelder hat als JU-Vorsitzender und auch in seiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter in den letzten Jahren sehr intensiv darauf hingewiesen, dass die Union als Partei der Generationengerechtigkeit immer darauf geachtet hat, dass die Weichen, die heute gestellt werden, alle Generationen bedenken müssen. Das heißt, dass nicht nur die Jungen heute, die heute arbeiten, denen, die heute Rente haben, diese finanzieren, sondern dass auch in zwanzig, dreißig Jahren diese Generationengerechtigkeit weitestgehend gesichert bleibt.

Genau darum geht es, wenn die Union heute landes- und bundespolitische Konzepte bespricht. Wie kann man die Weichen heute stellen, dass in zwanzig, dreißig Jahren, wenn die jetzt Jungen mitten im Arbeitsleben stehen, ebenfalls diese Generationengerechtigkeit organisiert werden kann. Generationengerechtigkeit heißt, drei Generationen im Blick zu haben. Die Kinder, daraus ergibt sich eine klare Orientierung zur Familienpolitik, die Erwachsenen mitten im Leben, die hoffentlich Arbeit haben und damit zu den sozialen Sicherungssystemen beitragen, zur persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftsfähigkeit. Und es gibt ebenfalls die dritte Generation, die, die in den wohlverdienten Ruhestand kommen. Wenn Philipp Mißfelder einen besonderen Verdienst für sich reklamieren darf, wo wir ihm dann auch dankbar sein müssen, dass er deutlich gemacht hat, dass dieser Generationenvertrag vielleicht noch auf dem Papier, nicht aber mehr in der Realität erfüllt wird. Mit dem Ausspruch alleine, die Rente ist sicher, ist die Rente noch gar nicht sicher. Denn in 25 Jahren werden sich die Ausgaben für all unsere sozialen Sicherungssysteme mehr als verdoppelt haben. Und wenn sich die Ausgaben mehr als verdoppeln, dies lehrt die einfache Mathematik, dann muss man entweder die Einnahmen verdoppeln, das hieße unsere Lohnnebenkosten verdoppeln, was das für unseren Arbeitsmarkt und für unsere Wirtschaftsentwicklung bedeuten würde, steht, ohne das man da lange überlegt, schon fest. Dies wäre der Ruin unseres Arbeitsmarktes. Oder man würde die Ausgaben halbieren. Was das in Blick auf Generationengerechtigkeit bedeuten würde, die Rente zu halbieren, die Pflege nicht mehr ausreichend durchzuführen, bei der Krankenversicherung die Leistungen zu halbieren und auch bei der Arbeitslosenversicherung, das können Sie sich alle denken.

Und darum thematisieren wir das Thema auch genau unter dieser Überschrift, weil wir in den neuen Ländern, wir in Thüringen auch um den Bestand und auch die Zukunftsfähigkeit der Demokratie ringen. Und wir haben in dieser Gesellschaft eine ganze Reihe von Politikerinnen und Politikern, die nicht aus der Union kommen, die auch nicht aus einer anderen großen Volkspartei kommen, sondern die einfach nur die Probleme dieser Gesellschaft nehmen, einfache Lösungen anbieten, um die Leute darüber entweder hinter sich zu vereinigen oder aber gegen die Demokratie aufzubringen. Und wir müssen als Union deshalb die Zukunftsantworten geben, weil diese Politikerinnen und Politikern um Himmelswillen niemals dieses Land gestalten dürfen.

Wir haben am letzten Wochenende ein Beispiel davon bekommen, was es heißt, wenn Linke in Deutschland Politik machen. Wir haben davon genug gehabt bis 1989. Wir wollen ein Land, das in der Mitte die Demokratie gestaltet. Und das gelingt nur mit der Union an der Führung.

(Beifall)

Und deshalb freue ich mich, dass Philipp Mißfelder heute da ist und dass er genau auch zu diesen Themen Generationengerechtigkeit und Demografie spricht. Und ich will drei Stichworte kurz in den Mittelpunkt meiner Betrachtung rücken.

Sie haben alle das Grundsatzprogramm im Entwurf vor sich liegen und viele haben es auch schon in den letzten Wochen diskutiert. Warum will die Thüringer Union sich ein Grundsatzprogramm geben? Reicht es nicht, wenn die CDU Deutschlands sich ein Grundsatzprogramm gibt? Ich glaube, viele sind im Saal, die sich 1989/1990 aufgemacht haben, die in die Kommunalpolitik gegangen sind, dann auch in die Volkskammer oder in die Landespolitik oder auch in die Europapolitik. Die haben damals aus ihrer tiefen inneren Überzeugung, etwas für die Heimat zu tun, sich für die Politik entschieden. Und die Union hat aus einem Fundus geschöpft der zwei wichtige Quellen hatte: Das Christliche, das uns prägt, und die Erfahrung des Kommunismus, wo christliche Überzeugung und das christliche Menschenbild keine Rolle spielen durfte. Und wir haben damals viel erreicht.

Wer heute hier in Eisenberg, im Saale-Holzland-Kreis und insgesamt in Thüringen unterwegs ist, kann das mit Händen greifen und kann das tagtäglich sehen. Aber warum wir diese Politik so machen, warum wir uns dafür entscheiden, dass wir die Familie in die Mitte der Gesellschaft rücken und sagen, daran muss sich Politik ausrichten, warum wir die Wirtschaft und den Mittelstand in die Mitte der Gesellschaft rücken und sagen, daran muss sich eine gute Politik beweisen. Was tut sie für den Mittelstand? Warum rücken wir Bildung, Ausbildung und Hochschule in die Mitte der Gesellschaft? Das heißt auch Auslese, Eliten bilden, damit wir Leistungskraft erhalten, das muss man erklären. Und das muss man umso mehr erklären, je stärker die Gesellschaft ausdifferenziert, je mehr unterschiedliche Meinungen in den Diskussionsprozess eingebracht werden. Dann muss die Klarheit über unseren Weg noch stärker begründet werden, ob das am Biertisch ist, ob das in der Verwandtschaft ist oder an der Arbeitsstelle, mit Freunden oder eben auch bei

politischen Veranstaltungen ist. Und damit das gelingt, ist so ein Grundsatzprogramm zuallererst Selbstvergewisserung.

Die Frage also: Wie begründen wir unser politisches Konzept? Warum sagen wir, christliches Menschenbild bleibt, auch in einer Gesellschaft, in der vielleicht nur noch 20 bis 30 Prozent sich christlich verankern? Weil das christliche Menschenbild nicht vereinnahmt, sondern weil es im Gegenteil Offenheit und Zugewandtheit zu jedem Einzelnen miteinander verbindet. Dass Menschenwürde für alle gilt, unabhängig von Krankheit, von Alter, von sozialer Gruppe, unabhängig von persönlicher Überzeugung, das ist nicht trivial, sondern das ist für uns ganz, ganz entscheidend.

Wie stark Menschenwürde derzeit in Frage steht, können Sie in den Nachbarländern, in den Niederlanden z. B., am Umgang mit alten Menschen erleben. Wenn plötzlich das Alter zum Problem für eine Gesellschaft wird und die Frage der Sterbehilfe sogar offiziellen gesetzlichen Rang bekommt. Und wie stark Menschenwürde in Frage steht, können Sie auch erleben, wenn man über die Frage in Deutschland diskutiert, welche Forschungen sind mit Blick auf das Leben erlaubt, ethisch begründbar und welche dürfen ethisch nicht durchgeführt werden. Oder wenn man über Menschenwürde diskutiere, muss man die Frage stellen dürfen, wie gehen wir mit unseren Älteren um, die dann möglicherweise zu Pflegebedürftigen werden? Betreuen wir sie? Sind wir in der Lage Fürsorge zu leisten? Oder schaffen wir nur Institutionen, die professionell diese Betreuung durchführen? Menschenwürde heißt auch, wie kann man die Leistungskraft in unserer Gesellschaft dadurch erhalten und stabilisieren, in dem man die Anlagen, die Talente, die jeder hat, in unterschiedlichem Maß auch entsprechend optimal fördert - also Differenzierung in der Gesellschaft zulässt. Das alles begründet sich aus unserer Überzeugung, dass Menschenwürde ein ganz entscheidender Wert ist.

Das Zweite: - Freiheit -.

Das ist nun etwas, das wir alle mit großer Begeisterung leben. Aber auch das, wir haben es erlebt, steht immer in Gefahr. Einmal, dass der Staat zu viel an Freiheitsräumen nimmt. In angeblich guter Begründung möchte er für den Einzelnen, für die Gesellschaft, für die Wirtschaft sorgen und wir erleben da, wo das ein Staat versucht, wird am Ende die Freiheit eingeschränkt. Deshalb hatte die Bundeskanzlerin Recht, als sie in ihrer Regierungserklärung kurz vor Weihnachten 2005 formuliert hat: „mehr Freiheit wagen“.

Freiheit ist so etwas wie das Grundelixier in einer Gesellschaft, die Zukunft gestalten will. Und auch das Thema Solidarität und Gerechtigkeit beschreibt den Grundkonsens über das, was wir uns vereinbaren müssen: Dass keiner in Sorge und Not gerät. Aber auch um die Frage, wo Solidarität begrenzt werden muss, damit Gerechtigkeit erhalten bleibt.

Es ist keine solidarische Gesellschaft, die die Leistungsstarken immer stärker fordert und am Ende meint, durch gute Verteilungssysteme könne man damit ein hohes Maß an Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität sichern. Sondern eine solidarische Gesellschaft, eine gerechte Gesellschaft achtet darauf, dass die Teilungskräfte erhalten bleiben und neue Teilungskräfte gefunden werden. Und das ist die Auffassung der Union. Wie kann man die Kräfte der Gesellschaft immer wieder erhalten und neue hinzugewinnen, damit man das Maß an Solidarität sichern kann, das uns wichtig ist?

Das zweite wichtige Stichwort: - Gelingendes Leben -.

Hierzu haben wir gerade als Union in dieser Legislaturperiode sehr viel Konkretpolitik gestaltet. Unsere Familienoffensive stellt die Familie, das Kind und die Eltern in den Mittelpunkt. Und es ist keine rückwärtsgewandte Politik. Sondern sowohl in der Thüringer Verfassung als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht wörtlich: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“, weil die, die das damals formuliert haben, tief davon überzeugt waren, dass es keine gesellschaftliche Institution gibt, die so grundlegend wichtig für eine freiheitliche Gesellschaft ist, wie Ehe und Familie.

Bei Höffner, demjenigen, der die christliche Gesellschaftslehre in Deutschland geschrieben hat und der sehr viel zur Fundierung des Sozialstaates beigetragen hat, stehen Ehe und Familie ganz vorne, noch vor Wirtschaft, noch vor Bildung, noch vor dem Staat. Und wenn man auf die Jahrhunderte blickt, die hinter uns liegen, dann können alle Generationen davon erzählen, wie stark gerade Ehe und Familie dazu beigetragen haben, Konflikte zu überwinden, schwierige Zeiten zu überbrücken, Neuanfänge zu organisieren. Es gibt keine gesellschaftliche Gruppe, die so auf innere Stabilität angelegt ist, weil sie auf Liebe beruht, die so auf Vertrauen angelegt ist.

Und deshalb, liebe Freunde, haben wir in der CDU Thüringen auch die Familie in die Mitte unserer Politik gerückt und ich möchte uns alle auch ermuntern, dass wir in der

öffentlichen Argumentation dabei bleiben. Der Staat und die Gesellschaft können Hilfen bieten, müssen Hilfe bieten, können Optionsmöglichkeiten schaffen, können Betreuungsmöglichkeiten schaffen, können eine ganze Menge Hilfe für die schaffen, die Probleme in dieser Zeit mit Ehe und Familie haben.

Aber der Staat und die Gesellschaft dürfen nicht an die Stelle von Ehe und Familie treten, weil damit die Gesellschaft an sich in Frage gestellt wird. Und deshalb bleiben wir Familienpartei, weil die Mitte der Gesellschaft von Familie bestimmt wird.

(Beifall)

Die Linken haben damit immer ein Problem gehabt. Erinnern sie sich an die letzte Legislaturperiode unter Schröder. Da gab es mal einen Generalsekretär, der hieß Scholz. Da kam das Stichwort vom „Kampf um die Lufthoheit über die Kinderbetten“ auf. Genau das ist das Thema: Wer hat zu entscheiden? Entscheiden müssen die Eltern. Entscheiden müssen nicht diejenigen, die in der Politik sind, sondern die haben nur die Rahmenbedingungen zu sichern.

Und auch das nächste Thema, was wir unter diesem Stichwort mit aufgreifen:

Kirche schafft Orientierung .

Auch dazu ein klares Fazit. Diejenigen, die mit in Rom waren und an den Diskussionen teilnahmen oder auch diejenigen, die das Woche für Woche erleben, eine plurale Gesellschaft, die immer neue Möglichkeiten schafft, sind sich vollkommen einig. Wir brauchen Orientierung in unserer Gesellschaft, die Werte schaffen, die Werte weitergeben und an denen man sich ausrichten kann. Eine plurale Gesellschaft lebt davon, dass diese Orientierungsmuster sichtbar werden, erhalten bleiben, dass sie Prägestärke in der Gesellschaft haben. Papst Benedikt hat nicht umsonst vor wenigen Tagen erst wieder eine in dieser Richtung brennende Sorge formuliert und Bischof Huber hat dies ebenfalls vor Weihnachten getan. Weil, wenn die geistigen Impulsgeber, die Kirchen in dieser Gesellschaft fehlen, wer soll denn dann an ihre Stelle treten?

Wir haben in der ganzen Welt geradezu eine Rückbesinnung auf geistige und geistliche Orientierung - in den USA, in Asien, da werden neue Religionen als alte wieder entdeckt. In China, in Russland, wo man fast eine Staatskirche wieder einführt über die Orthodoxie oder auch in der großen Islamischen Welt, wo man damit Gesellschaft manchmal sogar aggressiv gestaltet. Wir in Deutschland und Europa dürfen nicht der Gefahr erliegen, das

aufzugeben, was uns Jahrhunderte und Jahrtausende geprägt hat und was die Kultur in diesem Land ausmacht. Nein, liebe Freunde, Kirche bleibt.

Dies ist ein ganz entscheidender Orientierungspunkt unserer Gesellschaft und wir als Christdemokraten dürfen das auch offen sagen, dass wir uns genau an diesem Punkt an unseren Kirchen und an den Wertüberzeugungen orientieren.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist so etwas wie Überzeugung, die wir auch aus dem Thüringen Monitor ableiten – Demokratische Grundordnung.

Auch das scheint selbstverständlich. Aber wenn Sie den Thüringen Monitor auswerten, stellen Sie schon fest, dass diese wissenschaftliche Expertise über die Einstellung eines ganz klar hervorbringt: Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist von den meisten Menschen nicht aufgrund ihrer theoretischen Begründung akzeptiert, sondern die Akzeptanz wird über die Wirkung dieser Grundordnung wahrgenommen. Was heißt das für mich persönlich in meinem Sicherheitsempfinden, in meinem Wohlstandsempfinden? Was heißt das für mich persönlich in meinem Solidaritätsempfinden? Welche Chancen habe ich in den Arbeitsmarkt zu kommen als langjähriger Arbeitsloser? Wie wirkt also die Politik ganz konkret für mich persönlich und mein Umfeld? So beantworten die meisten Menschen die Frage, ob sie diese freiheitliche demokratische Grundordnung wertschätzen oder nicht.

Aber verinnerlicht hat sich der Erfolg in den Herzen und Köpfen der Menschen. Dass plötzlich Wohlstand kam, dass Sicherheit kam, dass der Sozialstaat aufgebaut werden konnte, dass Menschen eine Lebensperspektive bekamen, das hat die demokratische Grundordnung nach dem zweiten Weltkrieg in Herz und Kopf verankert, das heißt in die Lebenserfahrung jedes Einzelnen. Und deswegen: In einer offenen, pluralen Gesellschaft muss man diesen Wert als Politiker wissen und muss über seine eigenen politischen Entscheidungen sozusagen diesen demokratisch verfassten Staat erlebbar machen.

Einen Staat, der nicht alles ermöglicht, einer der sich zurücknimmt, einer, der die Freiheitsräume stärkt, nicht einer, der so fürsorglich ist, dass jeder nur noch versorgt wird. Ganz im Gegenteil, einer, der Chancen gewährt, der Freiheit gewährt, der aber gleichzeitig für existenzielle Sicherheit sorgt.

Das sind wichtige Anliegen, die wir selbst und in der Debatte mit den Menschen immer im Blick haben müssen. Damit klar wird, warum wir zum Beispiel sagen: Wir brauchen eine starke Polizei, wir brauchen ein sicheres Land, weil, was nutzt mir Freiheit, wenn wir keine Sicherheit haben. Das ist doch eine Grundordnungsaufgabe.

(Beifall)

Und damit auch klar wird, dass wir in dieser jetzt schon wieder aufgreifenden aktuellen Debatte, dürfen nun die USA mit Europa zusammen ein Raketenabwehrsystem bauen oder nicht, muss man sich vor dem Islam oder dem Islamismus und dem Terrorismus schützen oder nicht, nicht eine einfache Friedens- oder Nichtfriedenskarte zieht, so wie der Schröder es schon beim letzten Mal gemacht hat, sondern, dass man etwas tiefer bohrt und sagt: Wer Freiheit und Rechtsstaat sichern will und wer eine Grundordnung haben will, wo die Demokratie Zukunft hat, der muss Demokratie auch schützen. Gerade in Blick auf die Feinde der Demokratie und der Freiheit, ist das wichtig. Da gibt es keine blauäugigen Alltagshandlungen, sondern da gibt es sehr konsequente Politik, die wir in Deutschland und in Europa und hoffentlich transatlantisch mit unseren amerikanischen Freunden zusammen umsetzen müssen.

(Beifall)

Und der vierte Punkt, der auch unsere alltägliche Arbeit betrifft im Landtag und in der Regierung: Wirtschaft und Arbeit .

Darum bewegt sich unter anderem auch mein Thema Solidarisches Bürgergeld. Ich sage es immer und immer wieder, das, was Erhard 1948 in Gang gesetzt hat mit der Marktwirtschaft in Deutschland, die Freiburger Schule, das was Röpke und Eucken und Erhard hier theoretisch vorgearbeitet und dann umgesetzt haben, das hat den Erfolg Deutschlands ausgemacht. Eine starke mittelständisch geprägte Wirtschaft, auf deren Grundlage dann ein guter zukunftsfähiger Sozialstaat aufgebaut wurde. Dieser fast geronnene Satz von Ludwig Erhard: „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen“, bringt das zum Ausdruck.

Ohne diese gesunde Wirtschaft, ohne einen starken Mittelstand in Thüringen, hier im Saale-Holzland-Kreis und wo immer wir das bewegen müssen, kann eine Gesellschaft weder die Aufgabe im Bildungsbereich, in der Kultur, in Infrastruktur noch im Sozialen miteinander organisieren.

Ganz im Gegenteil, wenn sie den marktwirtschaftlichen Regeln zuwider handelt, dann muss sie es mit Illusionen bezahlen. Und das hat Deutschland schon über viele Jahre kräftig gemacht. Unsere 1,5 Mio. Euro öffentliche Schulden sind gering geschätzt, weil da die ganzen Zukunftslasten aus Fonds und anderem überhaupt nicht eingerechnet sind. Das alles nährt eine Illusion. In dem man nämlich nicht wahrhaben wollte, dass die wirtschaftliche Basis nicht ausreicht, hat man trotzdem den Ausgabestaat fast voll erhalten, im Gegenteil, häufig sogar ausgeweitet.

Was nutzt eine Rentenerhöhung, die nicht mehr durch Beiträge finanziert wird, nur noch über Schulden? Und wenn wir heute Rentenausgaben haben, von denen ein Drittel über den Bundeshaushalt finanziert wird, dann entspricht das nicht mehr der Ordnung, die 1957 entwickelt worden ist. Das geht das möglicherweise noch zum Vorteil der heutigen Rentner aus, aber sehr zu Lasten der zukünftigen Rentner, in fünfzehn Jahren und später, weil dann eine solche Rechnung nicht mehr aufgeht.

Und deshalb sind Wirtschaft und Arbeit auch als Grundausrichtung für unsere Politik in Thüringen so entscheidend, weil die Frage der Sozialen Marktwirtschaft sich nicht über die Rhetorik entscheidet, nicht darüber, wie sozial ich formuliere, sondern über die knallharte Erarbeitung in der Marktwirtschaft, die man dann sozial auch einsetzen kann. Und insofern bedanke ich mich auch bei Philipp Mißfelder. Du hast eine schwierige Auseinandersetzung auf dich genommen, auch innerhalb der Union, denn du hast diese Zusammenhänge, auch im Streit mit Norbert Blüm, versucht zu diskutieren, was wahrlich schwer ist. Aber es ist notwendig, weil man dies wirtschaftliche Basis immer wieder neu sichern und fördern muss. Deswegen machen wir Mittelstandspolitik und deswegen machen wir Technologiepolitik in Thüringen. Deswegen fördern wir unsere Hochschulen und unsere Forschungseinrichtungen, weil da sozusagen die Zukunft der Wirtschaft vorentwickelt wird.

Und deswegen sind wir im Übrigen auch gegen Mindestlöhne. Mindestlöhne verbreiten vielleicht sehr kurzfristig Freude bei all denen, die sie bekommen, aber mittelfristig vernichten Mindestlöhne Arbeitsplätze.

Weil wir in dem offenen Europa nun einmal auch über Löhne im Wettbewerb sind und wir können gar nicht so stark an dieser Stelle Thüringen und Deutschland voranstellen, weil

wir mit unseren Nachbarn in einem Wettbewerb sein wollen und sind und weil wir viel zu viel Arbeitsplätze schon verloren haben in Richtung Ausland und in die Schwarzarbeit.

Und der letzte Punkt, dazu haben wir mit Norbert Lammert einen interessanten Abend gehabt in Waltershausen: Heimat Thüringen.

Es ist für Sie, genauso wie für mich, ganz entscheidend, dass bei der Weltoffenheit, bei den Chancen, die sich uns bieten, die Verwurzelung in der Heimat das stabilisierende und entscheidende Element ist. Dass unsere Kinder heute Weltbürger sind und dass viele von ihnen wie selbstverständlich nach der Ausbildung, nach dem Abitur von diesem Europa und dieser Welt im besten Sinne Gebrauch machen, ist vollkommen richtig. Aber die Rückbindung an die Heimat, die Rückbindung an die Region, in der ich geprägt worden bin, in der auch meine Wurzeln tief eingegraben sind, bleibt entscheidend. Weltbürger, Europäer, Deutscher, Thüringer, das bindet sich immer nur konkret fest. Ganz konkret dort, wo meine Heimat ist. Und deshalb bekennen wir uns auch zur Heimat und wir bekennen uns auch zu dem, was aus der Heimat heraus wichtig ist. Dass man sich gemeinsamen Werten verpflichtet fühlt, dass man gemeinsame kulturelle Identität als ganz bedeutsam lebt und weitergibt. Es kann keinen Dialog geben zwischen Menschen, die keine eigene Verwurzelung haben.

Ein Dialog ist nur möglich, wenn jemand eine Überzeugung hat, für die er auch einsteht und mit dieser Überzeugung gerade in kulturellen Werten in die Diskussion gehen kann. Und dann heißt es auch nicht, dass man möglicherweise sich immer einigt, sondern dass man auch mal zu einem bewussten Dissens kommt und sagt, ich akzeptiere deine Meinung, ich bitte dich aber auch, meine Meinung genau so zu akzeptieren. Dass ist dann ein friedvolles Miteinander und dazu ist es wichtig, dass wir selbst unsere eigene Verwurzelung benennen. Diese im ersten Anschein theoretische Diskussion mit diesem Programm soll also sehr konkret sein und soll auch die Dinge in den Blick nehmen, die wir gestalten.

Wenn wir in diesem Jahr den Doppelhaushalt vorbereiten und uns auf einen ausgeglichenen Haushalt 2010 vorbereiten, bindet sich das an unseren Grundwerten fest. Weil Solidität ganz entscheidend ist, damit in zehn, in fünfzehn Jahren auch Gestaltungskraft existiert.

Wenn wir jetzt mit den Kommunen gemeinsam über mehr Verantwortung vor Ort diskutieren und einig werden mit den Landkreisen und kreisfreien Städten, dann geht es genau darum, die Handlungsfähigkeit der Demokratie noch zu stärken, die Betroffenheitsebene und die Entscheidungsebene weitestgehend zusammenzuführen, damit möglichst viele Entscheidungen dort getroffen werden können, wo auch die konkreten Erfahrungen existieren.

Wenn wir jetzt in den nächsten Wochen ein ganzes Teil von Gesetzen auf den Weg bringen, um diesen Doppelhaushalt und auch die entsprechende Kommunalisierung, die nächsten Schritte zu gehen, dann geht es genau darum, die Zukunftsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit im Blick zu behalten und jeden Tag die Weichen zu stellen, die notwendig sind. Also schon in den nächsten Wochen, so wie in den vergangenen bei der Familienoffensive oder bei vielen anderen Gesetzen beweist sich, wie wir in der Lage sind, unsere Grundsatzprogrammatik nicht nur aufzuschreiben, sondern auch im Alltag zu vertreten.

Und eines wünsche ich uns dabei: Offenheit, Mut und auch die Gelassenheit, diese Diskussionen zu führen. Und die Voraussetzung, dass wir sie erfolgreich führen und am Ende auch die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler bekommen, ist relativ einfach, aber in Thüringen schon mehrfach erprobt. Wir müssen loyal zueinander und miteinander stehen. Wir müssen Vertrauen haben zueinander und miteinander. Das gilt für alle Ebenen der Politik, von der Gemeinde über den Landkreis in das Land, in den Bund und in Europa. Wir müssen davon ausgehen und es auch uns selbst, den Mitglieder und auch den Thüringerinnen und Thüringern vermitteln, dass diejenigen, die aus der Union in diesem Land, egal auf welcher Ebene der Politik Verantwortung haben, dies mit Herz mit Verstand und mit Grundüberzeugungen tun, mit Grundüberzeugung, die wir alle miteinander teilen.

Dafür wünsche ich uns viel Glück und viel Erfolg. Ich wünsche uns den Zusammenhalt in den nächsten Jahren, dann schaffen wir das. Thüringen muss aus der Mitte der Gesellschaft weitergeführt werden, und damit wir das schaffen, müssen wir in diesem Jahr unsere Aufgaben wahrnehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)